



## Erklärung zu aktuellen Fragen der Kriminalität junger Menschen

Das Landeskommitee der Katholiken in Bayern ist erschüttert über die jüngsten Meldungen zu den Gewaltausbrüchen junger Menschen. Sie zeigen deutlich, dass offenbar grundlegende Regeln für das Zusammenleben in unserer Gesellschaft mehr und mehr ins Wanken geraten. Eine solche Entwicklung muss mit vielen Maßnahmen gestoppt werden. Sonst droht ein zunehmender Zerfall des gesellschaftlichen Zusammenhalts.

Junge Menschen machen in unserer Gesellschaft immer wieder Erfahrungen des Scheiterns. Das kann fehlende Anerkennung in Elternhaus und Familie oder auch Misserfolg in Schule und Beruf sein. Deshalb muss jungen Menschen ein Gefühl dafür vermittelt werden, dass sie in ihrer jeweiligen Umgebung Anerkennung finden und dass trotz Problemen ein vernünftiges Zusammenleben notwendig und auch möglich ist. Gewalttaten sind oft lediglich der Versuch, dadurch in der eigenen Umgebung anerkannt zu werden. Diese Form von Anerkennung kann die Gesellschaft jedoch nicht zulassen.

Deutlich gewarnt werden muss vor dem Versuch, Kriminalität junger Menschen auf ethnische Ursachen zurückzuführen. Auch wenn die Statistik zeigt, dass in vielen Fällen ausschließlich Menschen mit Migrationshintergrund die Täter sind, ist nicht der Migrationshintergrund der Auslöser für Gewalttaten, sondern in erster Linie die mangelnde Integration in unserer Gesellschaft.

Das Landeskommitee der Katholiken in Bayern fordert deshalb:

- Gesellschaftliche Integration muss bereits im frühen Kindesalter beginnen. In öffentlichen Bildungs- und Betreuungseinrichtungen sollte darauf geachtet werden, dass kein Kind und kein Jugendlicher als Außenseiter abgestempelt wird.
- Ethnische und soziale Integration, zu der die Betroffenen und ihre Organisationen ihre Bereitschaft zeigen müssen, sind von allen gesellschaftlichen Gruppen zu unterstützen. Es dürfen sich keine Parallel- oder Nischengesellschaften entwickeln.
- Junge Menschen oder Familien, bei denen die Gefahr besteht, zu gesellschaftlichen Außenseitern zu werden, sollten frühzeitig betreut werden.
- Es wird ganz entscheidend sein, allen jungen Menschen soweit wie möglich, mindestens ein Grundbildungsniveau zu vermitteln, das sie zur Ausübung eines Berufs befähigt. Der Staat muss wissen, dass er in den Fällen, in denen das nicht möglich ist, eine Verpflichtung zur Betreuung der bildungsfernen Menschen übernehmen muss. Die Eltern müssen in ihrer Erziehungsverantwortung gestärkt werden.
- Junge Menschen, die straffällig geworden sind, müssen mit individuell geeigneten Methoden resozialisiert und in die Gesellschaft reintegriert werden. Eine Verschärfung des Jugendstrafrechts – mit welchen Mitteln auch immer – kann dazu nicht der richtige Weg sein. Gleiches gilt für den Gedanken einer schnellen Abschiebung. Damit wären die grundlegenden Probleme in unserem Lande nicht gelöst. Insbesondere bei schweren Straftaten muss das geltende Strafrecht zügig und konsequent angewandt werden. Allerdings sollte bedacht werden, dass auch für viele schwer kriminelle junge Menschen Maßnahmen der Intensivbetreuung besser und letztlich kostengünstiger sind als wiederholte Gefängnisstrafen.

Auch wenn Jugendkriminalität keine neue Erscheinung ist, so zeigen doch die Vorkommnisse der vergangenen Wochen deutlich die spezifischen Probleme dieser Formen von Kriminalität junger Menschen. Die Betroffenen selbst, die Eltern, Hilfseinrichtungen, Bildungsträger, Betriebe, Politik und jeder Einzelne sind gefordert, ihren Beitrag für eine gute Form des Zusammenlebens in unserer Gesellschaft zu leisten.